

Stellungnahme

Düsseldorf, 13. Januar 2022

Zum Antrag „Landesregierung darf Klimaschutz bei Gebäuden nicht weiter liegen lassen.“ (Drs. 17/15448) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen verbindet als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband nordrhein-westfälische Unternehmen der Bauindustrie und benachbarter Branchen. Als freiwilliger Zusammenschluss und größtes Kompetenzzentrum der Bauindustrie in NRW betreut und repräsentiert der Verband Bauunternehmen aller Bausparten. Seine Mitgliedsunternehmen stehen für mehr als drei Viertel der in Nordrhein-Westfalen erbrachten Bauleistung und beschäftigen rund zwei Drittel aller Mitarbeiter des Bauhauptgewerbes¹. Von kleinen Familienbetrieben über kleinere und große mittelständische Unternehmen bis hin zu Niederlassungen international agierender Baukonzerne sind die Mitgliedsunternehmen in allen Bereichen des Hoch- und Tiefbaus tätig. Diese agieren als Partner sowohl von privaten als auch vielfach von öffentlichen Auftraggebern. Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen ist der größte bauindustrielle Landesverband in der Bundesrepublik.

Dem Gebäudesektor kommt bei der Erreichung der Klimaziele eine Schlüsselrolle zu. Gut 30 Prozent der CO₂-Emissionen und etwa 40 Prozent des Energieverbrauchs entfallen größtenteils auf den Betrieb von Gewerbe- und Wohngebäuden. Konsens ist wie im Antrag richtig ausgeführt, dass die aktuelle Sanierungsrate zu niedrig ist, um die CO₂-Emissionen des Gebäudesektors, wie von der Legislative angestrebt, zu senken und in absehbarer Zeit einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Im Gebäudesektor sind dabei auch die langen Investitionszyklen zu beachten: Da umfassende Sanierungen im Regelfall nur einmal je Generation durchgeführt werden, müssen die Weichen für einen CO₂-neutralen Gebäudebestand im Jahr 2050 jetzt gestellt werden. Bislang ist es allerdings trotz hoher Anreize, finanzieller Förderung und gesetzlichen Vorgaben nicht gelungen, die Sanierungsquote im Gebäudebereich ausreichend zu steigern. Dabei gilt es aus Sicht der BAUINDUSTRIE NRW, eine Erhöhung der Klimaresilienz bei allen energetischen Maßnahmen stets mit zu berücksichtigen.

Eine Beschleunigung der energetischen Sanierung durch eine verstärkte Schaffung von Anreizen, der stärkeren Förderung der Gebäudesanierung für Gewerbe- und Wohnimmobilien und dem vermehrten Einsatz von effizienten Sanierungsprozessen und Sanierungsverfahren – wie dem seriellen Sanieren – sind deshalb Forderungen der BAUINDUSTRIE NRW.

¹ Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern

Eine sehr positive Entwicklung zur Zielerreichung, beispielsweise im Rahmen der Öffentlichen Wohnraumförderung und der Modernisierungsoffensive+, der Initiative Prima.Klima.Wohnen NRW, der letzten Novelle der Landesbauordnung in Nordrhein-Westfalen und der Novelle bzw. Einführung des Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetzes ist hier zu erkennen.

Folgende Anmerkungen erlauben wir uns zu einzelnen Punkten des Antrags:

Sanierungsquote

Eine signifikante Erhöhung der Sanierungsquote in NRW kann nicht durch Geld allein erreicht werden. Eine Optimierung von Prozessen und der konsequente Einsatz innovativer, serieller Produktionsmethoden sind erforderlich, um gerade größere Gebäudebestände effizient und weniger kleinteilig zu ertüchtigen. Die Politik kann dies durch weitere Verfahrensbeschleunigungen und eine ausgeweitete Landesförderung der Gebäudesanierung für Gewerbe- und Wohnimmobilien weiter unterstützen. Grundsätzlich sollte Prämisse der Politik sein, die Planungs- und Genehmigungsverfahren in Komplexität und Tempo an die Erfordernisse der politisch gesetzten Klimaziele anzupassen.

Gerade vom öffentlich geförderten Wohnungsbau können dabei wichtige Impulse zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaresilienz im Immobiliensektor insgesamt ausgehen. Dies ist in der aktuellen Wohnraumförderung und durch die Modernisierungsoffensive+ bereits angelegt und kann auftraggeberseitig umgesetzt werden.

Eine weitere Förderung kommunaler Wärmeplanung und die Förderung von Sanierungsfahrplänen ist ebenfalls sinnvoll und sollte weiter intensiviert werden. Nach Kenntnis der BAUINDUSTRIE NRW werden Sanierungsfahrpläne im Rahmen der Initiative Prima.Klima.Wohnen bereits gefördert und bezuschusst und durch einen umfangreichen digitalen Werkzeugkasten zur Verbreitung und Etablierung von individuellen quartiersbezogenen Sanierungsfahrplänen unterstützt. Hier gilt es weiterhin, Gebäudeeigentümer zur Umsetzung anzuhalten, zu informieren und entsprechende Anreize weiter auszubauen. Fehlinvestitionen oder ungenutzte Potenziale können so vermieden werden. Gerade auch die zahlreichen privaten Immobilienbesitzer, die Selbstnutzer oder Vermieter nur kleinerer Bestände sind, sollten verstärkt in den Blick genommen werden und weitere Anreize zur energetischen Sanierung erhalten.

Sinnvoll erscheint zudem eine stärkere, auch förderrechtliche Verknüpfung von Sanierungen mit anderen Maßnahmen wie der Verdichtung und Aufstockung von Gebäuden, da so innerhalb bestehender Infrastrukturen zusätzlicher energieeffizienter Wohnraum geschaffen und weiterer Flächenverbrauch verringert werden kann. Durch eine Staffelung bei der Förderhöhe nach der realen Minderung der mit den Maßnahmen verbundenen CO₂-Emissionen könnten zudem zusätzliche Anreize geschaffen werden.

Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand

Als die bei weitem stärkste Gruppe der ausschreibungspflichtigen öffentlichen Auftraggeber kommen dem Land NRW und den Kommunen eine Vorbildfunktion beim Thema Klimaschutz zu – dies gilt selbstverständlich auch für die Klimaanpassung. Die Öffentliche Hand muss eine Vorreiterrolle einnehmen. Die BAUINDUSTRIE NRW weist allerdings seit längerem

darauf hin, dass die bisherige Ausschreibungspraxis von Land und Kommunen die Spielräume und Handlungsmöglichkeiten, die dem öffentlichen Auftraggeber zur Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zur Verfügung stehen, bislang nicht ausschöpft.

Bei Vergabe von Bau- und Modernisierungsprojekten an den billigsten Bieter wird es zu keinen nachhaltigen Bauweisen kommen. Die Zuschlagsentscheidung sollte maßgeblich von der konkreten Ausgestaltung und der Gewichtung aller Zuschlagskriterien abhängen. Umwelt-, klimaschutz- und energieeffizienzrelevante Aspekte sind als Zuschlagskriterien zulässig, wenn sie mit dem Auftragsgegenstand in Zusammenhang stehen. Die in der Praxis gerade im Ausland bereits praktizierten Nachhaltigkeitsmodelle wie „Cradle to Cradle“ als Ansatz für eine durchgängige und konsequente Kreislaufwirtschaft oder das Prinzip „Urban Mining“ müssen in den Bauverwaltungen Einzug halten.

Technologieoffenheit und Quoten

Zur Zielerreichung braucht es eine Vielfalt an Baustoffen und einen technologie- sowie baustoffunabhängigen Wettbewerb. Die BAUINDUSTRIE spricht sich gegen gesetzlich festgelegte Quoten aus und für Produktneutralität in Ausschreibungen. Ein für alle Baustoffe und Bauverfahren offener Wettbewerb ist der Schlüssel zu mehr Innovation und zu passgenauen Lösungen für mehr Energieeffizienz und Nachhaltigkeit im Gebäudesektor insgesamt. Dies trägt auch der Verfügbarkeit und Preisentwicklung bei einzelnen Baustoffen Rechnung.

Die Politik sollte das Knowhow der an der Wertschöpfungskette Bau beteiligten Akteure frühzeitig einbinden. Gleichzeitig sollte sie Innovationen nutzen und weiter fördern und klimaangepasstes Planen und Bauen grundsätzlich zum Standard machen. Hierbei sollte die öffentliche Hand mit der Privatwirtschaft kooperativ zusammenarbeiten, weitere öffentliche Räume für die Erprobung neuer Systeme und digitaler Konzepte im Rahmen von Pilotprojekten bereitstellen und die vergaberechtlichen Möglichkeiten gerade im Hinblick auf nachhaltige Baustoffe und –verfahren voll ausschöpfen.

Kreislaufgedanke und Rohstoffe

Die effiziente Nutzung von Roh- und Baustoffen ist eines der Kernanliegen der Bauwirtschaft. Die BAUINDUSTRIE NRW spricht sich dafür aus, die Ressourceneffizienz im Sinne des Lebenszyklusansatzes weiter zu verbessern und die Akzeptanz für Rezyklate und Ersatzbaustoffe bei öffentlichen und privaten Auftraggebern weiter zu steigern. Zwar ist der Bausektor ressourcenintensiv, Bauwerke sind aber auch langjährige Ressourcenspeicher. Mineralische Bauabfälle werden heute nahezu vollständig wiederverwertet und im Stoffkreislauf gehalten. Dadurch werden Deponien entlastet und Primärrohstoffe geschont. Im Straßenbau werden heute etwa 98 Prozent des Aufbruchmaterials verwertet, das Material praktisch vollständig ortsnah recycelt und als Baumaterial wieder eingebaut. Eine solch hohe Quote wird allerdings noch nicht in allen Sparten erreicht.

Innovative und nachhaltige Baustoffe wie z.B. Rezyklate und nachwachsende Rohstoffe sollten deshalb weiter gefördert und attraktiver gemacht und nicht durch Quoten künstlich erzwungen werden. Produktneutralität und Technologieoffenheit in Ausschreibungen sollten gewahrt und klare Zielanforderungen formuliert werden. Die öffentliche Vergabep Praxis trägt dem im Hinblick auf den Einsatz von Rezyklaten und nachwachsenden Rohstoffe bislang noch nicht in dem möglichen und erforderlichen Umfang Rechnung.

Die BAUINDUSTRIE NRW weist zudem darauf hin, dass Sekundärrohstoffe bislang nur in begrenztem Maße eingesetzt werden können. Auch sind zirkuläre Rohstoffe bislang oftmals teurer als natürliche Rohstoffe, sodass sie bei Ausschreibung und Beschaffung oft unberücksichtigt bleiben. Die Landesregierung könnte sich in diesem Zusammenhang für Steuerentlastungen für kreislauffähige Produkte und Dienstleistungen einsetzen und so zusätzliche Anreize schaffen, um zirkuläre Produkte nachzufragen und damit die zirkuläre Wirtschaft zu stärken. Ferner sprechen wir uns dafür aus, etwaige Mehrkosten durch den Einsatz nachhaltiger Baustoffe auch bei der Ausgestaltung der relevanten Förderkulissen zu berücksichtigen und deren Einsatz – beispielsweise durch höhere Fördersätze – attraktiver zu machen.

Die Corona-Krise und die derzeitigen Auswirkungen auf Lieferketten und die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vorprodukten hat deutlich gezeigt, wie abhängig auch der Bausektor von globalen Entwicklungen ist. Wertschöpfungsketten sind in Deutschland und in NRW nicht mehr durchgängig vorhanden. Schnelle und hohe Preissprünge bei Stahl, Holz, Kunststoffen, Dämmstoffen und weiteren Baumaterialien führen weiterhin zu steigenden Baukosten und Verzögerungen. Vorhandene einheimische Ressourcen sollten deshalb intelligenter genutzt werden. So wird beispielsweise der Abbau der in NRW ausreichend vorhandenen Kies- und Sandvorkommen zunehmend erschwert, entsprechende Rohstoffe müssen wenig nachhaltig und ökonomisch oft über tausende Kilometer aus Drittländern importiert werden.

Die im Antrag geforderte weitere Erschwerung der Nutzung regionaler Rohstoffe verkennt die Realitäten und ist deshalb abzulehnen, solange eine nachhaltigere Substituierung in der Praxis nicht im erforderlichen Umfang möglich ist und nicht erfolgt.

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.

RA'in Prof. Beate Wiemann
Hauptgeschäftsführerin

Niklas Möring
Leiter Politik